



## Antrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Abgeordneten des SSW

### **Humanität geht vor – Hilfe für die Flüchtlinge aus Moria jetzt! EU-Asylpolitik endlich reformieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist entsetzt über die aktuelle humanitäre Katastrophe im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Der Landtag bekräftigt erneut seine Bereitschaft, Menschen aus besonderen Notlagen aufzunehmen. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich mit Nachdruck beim Bundesinnenministerium dafür einzusetzen, den Weg dafür freizumachen, dass das Land Schleswig-Holstein unverschuldet in Not geratenen Flüchtlingen, insbesondere Familien mit Kindern, aus dem Lager Moria aus humanitären Gründen einen sicheren Aufenthalt zur Durchführung eines Asylverfahrens gewähren kann.

Gleichzeitig betont der Landtag nachdrücklich die Notwendigkeit, dass alle europäischen Regierungen die humanitäre Verantwortung Europas endlich wahrnehmen.

Die Landesregierung wird weiter aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- eine schnelle Verteilung der Geflüchteten aus Moria auf weitere europäische Länder erfolgt,
- humanitäre Hilfe für die Geflüchteten vor Ort ermöglicht wird.

Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft, eine Reform der europäischen Migrationspolitik einzuleiten und ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einheitlichen Verfahren und einheitlicher Rechtsanwendung zu schaffen.

#### Begründung:

Die Tragödie, die sich im Lager Moria auf Lesbos gegenwärtig ereignet, fordert sofortige und entschiedene Hilfe für die Menschen, die durch die Brandkatastrophe unverschuldet in Not geraten sind. Es wäre fatal, wenn das Bundesinnenministerium seine Zustimmung

für die Gewährung eines sicheren Aufenthalts von einer gesamteuropäischen Lösung abhängig machen würde. Es geht jetzt darum, insbesondere Familien mit Kindern schnell und unkompliziert zu helfen und hierfür muss die Bundesregierung, im Wege ihres Selbsteintrittsrechts gem. Art 17 Absatz 2 der Dublin-III-Verordnung, den Weg frei machen. Anschließend kann und muss die dringend gebotene und seit langem überfällige Reform der europäischen Migrationspolitik auf den Weg gebracht werden.

Barbara Ostmeier  
und Fraktion

Regina Poersch  
und Fraktion

Eka von Kalben  
und Fraktion

Jan Marcus Rossa  
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering  
und die Abgeordneten des SSW